

Die Zukunft des deutschen Engagements in Afghanistan – eine Streitfrage

Simon Oerding und Florian Bokermann



Simon Oerding



Florian Bokermann

Eine deutsche Beteiligung an internationalen Militäroperationen bleibt trotz einer aktiveren Sicherheitspolitik seit der Wiedervereinigung ein strittiges Thema. Lange Zeit schien der Einsatz in Afghanistan konsensfähig zu sein. Seit dem Erstarken des Widerstandes der Taliban und der Al-Qaida und der dadurch offen zu Tage tretenden Probleme bei der Etablierung eines zumindest einigermaßen sicheren Arbeitsumfeldes für (auch deutsche) Aufbauhelfer ist wieder eine heftige politische Diskussion entbrannt.

Die Beteiligung Deutschlands am internationalen Einsatz in Afghanistan beruht nunmehr auf zwei Beschlüssen des Deutschen Bundestages, nachdem am 12. Oktober 2007 die Mandate für die Beteiligungen an der International Security Assistance Force (ISAF) und das sog. Tornado-Mandat über den Einsatz deutscher Aufklärungsflugzeuge zusammengeführt wurden. Am 15. November 2007 erneuerte das Parlament seine Zustimmung zur Beteiligung von Bundeswehrsoldaten an der von den USA geführten Operation Enduring Freedom (OEF).

Die Befriedung der südlichen Provinzen Afghanistans sowie der Grenzregion zu Pakistan gehört zu den Aufgaben der OEF. Mandat und Organisation der Friedenstruppe ISAF sind davon strikt getrennt. Die International Security Assistance Force (ISAF) beruht auf der Resolution 1386 des UN-Sicherheitsrates. Diese beinhaltet die „Einrichtung einer internationalen Sicherheitsbeistandstruppe für einen Zeitraum von sechs Monaten, um die afghanische Interimsbehörde bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit in Kabul und seiner Umgebung zu unterstützen, damit die afghanische Interimsbehörde wie auch das Personal der Vereinten Nationen in einem sicheren Umfeld tätig sein können“.

Eine Dokumentation der Diskussion um den deutschen Afghanistan-Einsatz kann nicht vollständig geleistet werden. Ob der aktuellen und anstehenden Entscheidungen um die Mandate im Bundestag bietet sich der politische Diskurs der Parteien, mithin wesentlicher Bestandteil der Diskussion, als zu betrachtender Ausschnitt an. Weiterhin haben wir an gegebenen Stellen die politische Arena verlassen und Elemente der wissenschaftlichen und journalistischen Diskussion aufgenommen (Stand der Dokumente: 21.01.08).

Sollte Deutschland seine Soldaten aus Afghanistan abziehen?

In ihrem „Afghanistan-Konzept“ von 2006 veröffentlicht die Bundesregierung ihre offizielle Haltung zum deutschen Engagement in Afghanistan.

Das Afghanistan-Konzept der Bundesregierung, zitiert nach <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2007/09/Anlagen/2007-09-05-afg-konzept,property=publicationFile.pdf>

Verschiedene Insurgentengruppen – an vorderster Stelle die Taliban – haben in den letzten Monaten ihre terroristischen und militärischen Aktionen in Afghanistan verstärkt. Sie hoffen auf Handlungsunfähigkeit der demokratisch legitimierten afghanischen Regierung und Ermüdung bei den in Afghanistan engagierten Staaten. Ein Zurückfahren der internationalen Unterstützung in dieser kritischen Phase würde erhebliche Risiken bergen und Raum schaffen für ein Wiederaufleben terroristischer Strukturen. Dies käme in der internationalen Auseinandersetzung mit dem gewaltbereiten radikalen Islamismus einer Niederlage der auf politische Lösungen und Konfliktvermeidung setzenden Staatengemeinschaft gleich. Eine erfolgreiche Stabilisierung Afghanistans hätte andererseits eine positive internationale Ausstrahlung. Unser Engagement in Afghanistan profitiert von der weit überwiegenden Zustimmung der Afghanen selbst und von breiter Einigkeit innerhalb der internationalen Gemeinschaft. Die Bundesregierung ist weiterhin davon überzeugt, dass die Stabilisierung Afghanistans gelingen kann.

Außenminister Steinmeier erläutert am 12. Oktober 2007 im Bundestag die Erfolge des bisherigen deutschen Engagements aus Sicht der SPD.

<http://www.bundestag.de/bic/plenarprotokolle/pp/119/index.htm>

Aus meiner Sicht kann kein Zweifel daran bestehen – wie ich weiß, haben sich viele von Ihnen in den letzten Monaten davon überzeugen können –, dass wir in Afghanistan einiges erreicht haben. Nach den jahrzehntelangen Kriegen bzw. Bürgerkriegen, durch die vieles in Trümmer gelegt wurde, ist die Wirtschaft etwas in Gang gekommen. Nach inzwischen fast sechs Jahren haben sich die staatlichen Institutionen – das gilt auch für die Regierung – etwas Freiraum erkämpft. Besonders im Norden, wo wir Verantwortung tragen, sind neue Schulen und neue Straßen gebaut sowie Brunnen gebohrt worden. Über 6 Millionen Kinder können dort wieder eine Schule besuchen. Die Schülerzahl hat sich in den letzten sechs Jahren mehr als verfünffacht. Immerhin 80 Prozent der dortigen Bevölkerung haben wieder Zugang zu medizinischer Versorgung.

<http://www.tagesspiegel.de/politik/international/afghanistan/Afghanistan;art15872,2398316>

Stellvertretend für die FDP bezieht Westerwelle eine klare Position gegen einen deutschen Abzug.

FDP-Chef Guido Westerwelle machte deutlich, dass die Liberalen als einzige Oppositionspartei klar für den ISAF-Einsatz seien. Einen Rückzug lehnte auch er ab: „An dem Tag würde Kabul wieder zur Hauptstadt des Terrorismus in der Welt.“

<http://www.sueddeutsche.de/deutschland/artikel/765/137488/>

Westerwelle lehnte einen Rückzug aus Afghanistan strikt ab. [...] Er betonte, es gehe nicht nur um einen Akt der Solidarität mit dem afghanischen Volk, sondern auch „handfest um unsere eigene Sicherheit und Freiheit“. „Wir tun das für Afghanistan und noch mehr für uns selbst“, sagte Westerwelle. In Afghanistan sei unglaublich viel erreicht worden. Wer dies nicht sehe, sei ungewöhnlich ignorant.

Westerwelle forderte verstärkte Anstrengungen beim Polizeiaufbau. Es reiche nicht, einige Beamte und ein „paar Handschellen und Gummiknüppel“ zu liefern. „Wenn wir jemals aus Afghanistan wieder raus wollen, müssen wir dafür sorgen,

dass dort eigene staatliche Strukturen entstehen. Und dazu zählt auch eine funktionierende Polizeistruktur“. Dies müsse Schwerpunkt des deutschen Engagements werden.

In Abgrenzung zu den übrigen im Bundestag vertretenen Parteien vertritt die Fraktion der Partei „Die Linke“ eine deutlich gegen den Bundeswehreinsatz gerichtete Position.

Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung lehnt die Beteiligung am Kriegseinsatz in Afghanistan ab. Trotzdem hat die Bundesregierung mit der Entsendung von Kampf- und Aufklärungsflugzeugen Deutschland vollends in den Krieg hineingezogen. Dabei ist der Kriegskurs in Afghanistan längst gescheitert. Die immer größere Opferzahl unter der Zivilbevölkerung verstößt gegen das Völkerrecht. Und wer das Völkerrecht missachtet, kann Terrorismus nicht bekämpfen, sondern wird ihn weiter befördern. Die erhöhte Terrorgefahr hierzulande ist Folge dieses Krieges.

http://die-linke.de/politik/themen/positionen_a_z/afghanistan/

Die Linke fordert 1. den sofortigen Abzug der deutschen Truppen aus Afghanistan, 2. Geld für Wirtschaftshilfe, Armutsbekämpfung, den Aufbau der Polizei und die Sicherung der Grenzen, anstatt für militärische Zwecke, 3. eine sinnvolle Drogenpolitik für Afghanistan, die Existenzen nicht blind zerstört, sondern den Mohnanbau für die Produktion von Schmerzmitteln legalisiert und kontrolliert sowie schließlich 4. die Subventionierung alternativer landwirtschaftlicher Produktion.

Weiterhin stellt „Die Linke“ die Effektivität des Einsatzes bei der Befriedung und dem Wiederaufbau Afghanistans in Frage.

Die Regierung behauptet, es gebe keine Alternative zum Bundeswehreinsatz. DIE LINKE sagt: Es gibt Alternativen..., wenn die Bundeswehr abzieht. Krieg ist keine Lösung, sondern führt zu mehr Gewalt. Frei werdende Gelder müssen für zivile Projekte aufgewendet werden. Zivile Hilfe darf nicht mit Militär verquickt werden, da sie sonst ihre Neutralität verliert. Frieden kann nicht von außen verordnet werden, sondern muss im Land selber wachsen. Der afghanischen Bevölkerung muss zugestanden werden, einen eigenen demokratischen Prozess zu organisieren. Dieser Prozess kann nicht durch die geschützt werden, die eigene wirtschaftliche Interessen in der Region haben oder meinen, ihr Land am Hindukusch verteidigen zu müssen.

http://die-linke.de/politik/aktionen/bundeswehr_raus_aus_afghanistan/argumente

Die Linkspartei löste mit ihrem kategorischen Nein zu allen Afghanistan-Einsätzen heftige Kritik aus. [...] Der Fraktionschef der Linkspartei, Gregor Gysi, ging mit der Afghanistan-Politik der Regierung scharf ins Gericht. Die Soldaten schützten den Wiederaufbau nicht, sondern behinderten ihn. Nach der Logik, mit dem Militäreinsatz Menschenrechte in Afghanistan durchzusetzen, müsse man auch in Saudi-Arabien und vielen anderen Ländern militärisch eingreifen, sagte er. Es sei auch Unsinn zu behaupten, bei einem Abzug des Militärs würden die Taliban an die Macht zurückkehren. „Die Mehrheit der Bevölkerung steht auf unserer Seite, nicht auf Ihrer“, sagte er unter Berufung auf Umfragen an die Adresse der Regierung.

<http://www.abendblatt.de/daten/2007/09/20/796418.html>

Die Grünen beziehen eine differenziertere Position zum deutschen Einsatz. Nicht zuletzt ist dies zurückzuführen auf Spannungen zwischen Parteivorstand und Basis zu diesem Thema, so aufgetreten während des Kölner Parteitages 2007.

Der Grünen-Sicherheitsexperte Winfried Nachtwei sagte dagegen, die Stabilisierung des Aufbaus in Afghanistan bedürfe der militärischen Absicherung. OEF sei notwendig gewesen, um die Taliban zu vertreiben. Angesichts der explodierenden Gewalt stelle sich aber die Frage der Wirksamkeit von OEF. Die Mission sei „längst

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,516134,00.html>

kontraproduktiv“ geworden und fache Gewalt eher an. OEF schade zudem dem Isaf-Auftrag. Deshalb sei der Einsatz von KSK-Soldaten in Afghanistan nicht mehr verantwortbar.

http://www.gruene.de/cms/themen/dok/190/190328.neue_strategiestatt_mehr_soldaten.htm

Bundesvorsitzende Claudia Roth hat Überlegungen von Regierungspolitikern zur Zukunft des Afghanistan-Einsatzes kritisiert. Mehr Soldaten und ein verstärkter Einsatz der Bundeswehr im Süden des Landes seien „der falsche Weg“. In Afghanistan zeige sich: „Mit Militär lässt sich kein Staat aufbauen.“

Die Äußerungen der schwarz-roten Koalition über die Zukunft des Einsatzes am Hindukusch erinnerten sie an einen „Autofahrer, der in eine Sackgasse rast und dabei noch sein Tempo erhöht“, so Roth am Montag nach einer Sitzung des Bundesvorstands ihrer Partei in Berlin.

Bündnis 90/Die Grünen fordern nach Angaben von Roth eine neue Strategie bestehend aus einer politisch-zivilen Offensive für den Wiederaufbau des Landes. Zudem fordert die Partei das Ende der „Operation Enduring Freedom“ unter Führung der USA.

Kann man die verschiedenen Mandate in Afghanistan trennen? Werden so Probleme in Afghanistan vor der Öffentlichkeit verschleiert?

Unübersichtlich bleibt die Debatte um das deutsche Engagement in Afghanistan vor allem aufgrund der verschiedenen Mandate, unter denen deutsche Soldaten stationiert sind. Potentiell lassen sich so Unterschiede in den Mandatsstrukturen für politische Zwecke ausnutzen.

Die in Berlin ansässige Stiftung für Wissenschaft und Politik (SWP), ein Forschungsinstitut zu internationaler Politik und Sicherheit, konstatiert, dass die komplizierten Mandate ein Vermittlungsproblem verursachen.

http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=4212

Die laufende Debatte über die Verlängerung der drei deutschen Afghanistan-Mandate zeigt, dass der Öffentlichkeit immer weniger vermittelbar ist, warum die Bundeswehr unter drei verschiedenen Mandaten mit unterschiedlichen Zielsetzungen im gleichen Land operiert, warum sie dabei jeweils andere Handlungsspielräume genießt und in unterschiedliche Kommandostrukturen eingebunden ist. Daher erscheint es mit Blick auf den angestrebten Erfolg in Afghanistan, die weitere innenpolitische Unterstützung für die Mission und die Bündnisfähigkeit der Bundesrepublik geboten, die drei Mandate in einem einzigen, kohärenten Mandat für die International Security Assistance Force (ISAF) zusammenzuführen und das deutsche Mandat für die Operation Enduring Freedom (OEF) nicht zu verlängern. Gleichzeitig sollte sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass auch die anderen Alliierten die OEF in Afghanistan beenden und ihre Truppen vollständig der ISAF unterstellen. Diese quantitativ erweiterte ISAF-Mission könnte dann auch die Grundlage bilden, um die transatlantische Lastenteilung in Afghanistan neu auszutarieren.

http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=4355

Zwar wurde die Aufgabenstellung des ISAF-Mandats – Unterstützung der Regierung Karzai – formal beibehalten. Faktisch jedoch verwischten die Grenzen zwischen dem ISAF- und dem OEF-Mandat zunehmend, weil die NATO begann, ihre Aktivitäten auf das gesamte afghanische Territorium auszuweiten. Dies gilt insbesondere für das militärische Vorgehen im Süden, Südosten und Osten Afghanistans.

Folglich kann man dort von einer schleichenden „OEFisierung“ der Nato-geführten ISAF-Operationen sprechen.

Die deutschen Streitkräfte konnten sich bislang dieser schleichenden Veränderung des Vorgehens entziehen und ihre Aufgabe im Sinne des ursprünglichen Unterstützungsmandats erfüllen. Denn das deutsche Kontingent operiert im Norden unter anderen politischen Rahmenbedingungen und in einer anderen Sicherheitslage als die ISAF-Truppen im Süden des Landes. Doch Deutschland geriet mit anhaltender Verschlechterung der Sicherheitslage im Süden im Verlauf des Jahres 2006 zunehmend unter Druck, den die USA und diejenigen Nato-Partner ausübten, deren Kontingente in den Aufstandsgebieten aktiv sind. Sie forderten, dass sich Deutschland stärker an der Bekämpfung der aufständischen Gruppen im Süden Afghanistans beteiligen solle.

Die Grünen prangern eine Taktik der Verschleierung aus den Reihen der Bundesregierung während der Abstimmung zur Verlängerung der deutschen Mandate an.

Die Bundesregierung plant aus partei- und koalitionstaktischen Überlegungen, die Abstimmungen im Bundestag in der Art zu manipulieren, dass OEF getrennt und später, ISAF und die Tornado-Einsätze jedoch zusammen im Oktober abgestimmt werden sollen. Bildlich gesprochen wird ISAF von der Bundesregierung somit als „Geisel“ für die Tornados genommen und ein faktischer Strategiewechsel damit unmöglich gemacht.

http://www.gruene.de/cms/default/dokbin/197/197532.militaerische_ eskalation_ist_keine_loesu.pdf

Für diesen Fall fordert die Sonder-Bundesdelegiertenkonferenz die Mitglieder der grünen Bundestagsfraktion auf, dieses Verfahren als „der Sachlage unangemessen“ zu brandmarken und in der Abstimmung – bei Ablehnung der Verlängerung des Tornadoeinsatzes die einzig mögliche Variante – dem „Paket“ NICHT zuzustimmen.

In einer persönlichen Erklärung zur Mandatsabstimmung ISAF/Tornado im Bundestag konstatierte der Abgeordnete der Grünen, Nachtwei, am 12. Oktober 2007:

Wenn die Bundesregierung die Aufwendungen für Aufbau und Entwicklung um 25% erhöhen will, wo Fachleute mindestens eine Verdoppelung fordern, zeigt das, wie wenig die Bundesregierung die Dringlichkeit der Lage erkannt hat. Um in Afghanistan dazu beizutragen, das Vertrauen der Bevölkerung zurück zu gewinnen und den Abwärtstrend umzukehren, sind ganz andere Anstrengungen erforderlich!

<http://www.nachtwei.de/index.php/articles/596>

Hinzu kommt der Umgang der Bundesregierung mit dem umstrittenen Einsatz der Tornado-Aufklärer. Der Nutzen von Luftaufklärung für den ISAF-Stabilisierungseinsatz ist für uns unstrittig. Bisher hat es die Bundesregierung aber versäumt, erhebliche Bedenken auszuräumen: Wie kann eine nur restriktive Weitergabe von Tornado-Bildern an OEF garantiert werden, wenn im Osten der ISAF-Regionalkommandeur und Kommandeur OEF Afghanistan identisch sind, wenn im Süden und Osten Einheiten von ISAF und OEF dicht zusammen und z.T. unter wechselnder Unterstellung operieren? Auch wenn die Tornados kaum zur „Zielmarkierung“ geeignet sind: Wieweit tragen sie mittelbar zu den dortigen Kampfeinsätzen bei? Schließlich bleiben die teuren Tornados Symbol für eine falsche finanzielle Prioritätensetzung.

Wir wollen eine im Sinne des afghanischen Aufbaus und Friedensprozesses erfolgreiche ISAF. Die Politik der Bundesregierung gefährdet die Erfolgchancen von

ISAF, statt sie zu verbessern. Deshalb können wir in diesem Jahr dem Antrag der Bundesregierung nicht zustimmen.

Benjamin Schreer vom Tagesspiegel kommentiert die Position der Grünen zum Thema Mandate wie folgt:

Erschienen im
gedruckten
Tagesspiegel vom 21.
September 2007, zitiert
nach http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=4339&PHPSESSID=d26fbb56872753780b0703e75c1297c7

Auf dem Parteitag der Grünen am vergangenen Wochenende wurde die Beendigung der deutschen Beteiligung an der US-geführten „Operation Enduring Freedom“ (OEF) und den Abzug der Tornado-Kampfflugzeuge im Rahmen des Mandats für die Luftaufklärung der International Security Assistance Force (Isaf) gefordert. Begründung: Nicht nur würden die im OEF-Bundestagsmandat zur Verfügung gestellten Kontingente schon seit geraumer Zeit gar nicht mehr eingesetzt. Auch sei die US-amerikanische Strategie im Rahmen der Antiterrormission OEF kontraproduktiv für die Stabilisierung des Landes und für die hohe Zahl an zivilen Opfern mitverantwortlich.

Ein Ende des deutschen OEF-Mandats und die gleichzeitige Stärkung der Isaf-Mission in Afghanistan sei folglich die bessere Lösung

Diese auch bei anderen Parteien populäre Sichtweise verstellt den Blick auf unbequeme Wahrheiten. Die Vorstellung, es gäbe ein „schlechtes“ (OEF) und ein „gutes“ (Isaf) Mandat für Afghanistan, entspricht nicht den Tatsachen. De-facto ist die NATO-geführte Isaf Mission seit geraumer Zeit ebenfalls in Kampfoperationen gegen Aufständische verwickelt worden. Die Aufgabenbereiche von OEF und Isaf vermischen sich zusehends. Auch die Bundeswehr wird vermehrt mit Aufgaben der Aufstandsbekämpfung befasst. Die punktuelle Bekämpfung von Aufständischen im Rahmen der OEF und der Isaf ist dabei notwendig um das Sicherheitsumfeld für den Wiederaufbau zu gewährleisten.

Die Bundesregierung hält an der bisherigen Struktur der Mandate fest und sieht weder rechtliche noch operationale Probleme. In ihrem schon zitierten Konzept für Afghanistan stellt die Regierung ihre Position dazu dar.

Das Afghanistan-Konzept der Bundesregierung, zitiert nach <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2007/09/Anlagen/2007-09-05-afg-konzept.property=publicationFile.pdf>

Die Bundesregierung hält weiter an der Beibehaltung zweier getrennter Mandate für den Einsatz deutscher Soldaten in Afghanistan fest: Als Teil von ISAF unter NATO Führung einerseits und an OEF andererseits. Beide Operationen haben unterschiedliche Schwerpunktsetzungen. Der ISAF-Einsatz hat zum Ziel, Afghanistan bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit so zu unterstützen, dass sowohl die afghanischen Staatsorgane als auch das Personal der VN und anderes internationales Zivilpersonal in einem sicheren Umfeld arbeiten können. Die US-geführte OEF hat den Auftrag, auf Grundlage von Art. 51 der VN-Satzung (Selbstverteidigung) und Art. 5 des Nordatlantikvertrages (Bündnisfall) sowie den VN-SR-Resolutionen 1368 (2001) und 1373 (2001), Führungs- und Ausbildungseinrichtungen von Terroristen auszuschalten, Terroristen zu bekämpfen, gefangen zu nehmen und vor Gericht zu stellen, sowie Dritte dauerhaft von der Unterstützung terroristischer Aktivitäten abzuhalten.

Anti-Terroreinsätze werden auch zukünftig ausschließlich von OEF durchgeführt, in enger Abstimmung mit ISAF. Die klare Abgrenzung zwischen „Terrorismusbekämpfung“ und „ISAF-Sicherheitsoperationen“ bleibt bestehen. Gleichzeitig ist die bessere Koordinierung und Synergienutzung beider Operationen durch die Verzahnung der Kommandostrukturen mittels einer „Doppelhut“-Konstruktion gewährleistet. Die Befehlsketten bleiben dabei getrennt.

In seinem Kommentar „Kein Ziel, keine Strategie“ in der Online-Ausgabe der Tageszeitung „Die Zeit“ vom 12. Oktober 2007 prangert Christoph Seils die verfehlte Kommunikationspolitik der Bundesregierung an.

Verpönt ist es, über deutsche Interessen im Ausland zu reden, über militärische Strategien im globalen Anti-Terrorkampf und über die Opfer, die der Krieg kostet – auf beiden Seiten. Selbst Verteidigungsminister Franz-Josef Jung tut statt dessen so, als sei seine Truppe vor allem eine riesige Entwicklungshilfeorganisation, die in erster Linie Schulen, Krankenhäuser und Straßen baut.

<http://www.zeit.de/online/2007/42/Afghanistan-kommentar?page=1>

Auch damit reagiert er auf die Stimmung in Deutschland, denn in der politischen Debatte dominiert eine verlogene, um nicht zu sagen schizophrene Sicht auf Afghanistan. Die Trennung zwischen dem „zivilen“ Einsatz der Internationalen Schutztruppe Isaf und dem von den Amerikanern angeführten blutigen Antiterrorkampf Enduring-Freedom (OEF) ist künstlich. Beide Einsätze bedingen einander. Ohne militärischen Schutz gibt es keinen zivilen Aufbau und ohne zivile Strategie ist jeder Militäreinsatz zum Scheitern verurteilt.

Es gibt auch nicht eine erfolgreiche Strategie im Norden und eine gescheite im Süden. Es gibt nicht die bösen Amerikaner auf der einen und die guten deutschen Soldaten auf der anderen Seite. Es gibt nur ein gemeinsames militärisches Engagement des Westens und der Nato am Hindukusch, und von der afghanischen Bevölkerung wird dies auch so wahrgenommen. Trotzdem wird diese künstliche Trennung in den innenpolitischen Debatten aufrechterhalten: Isaf ist gut, OEF ist schlecht; Isaf unterstützt den Aufbau, OEF treibt die Afghanen in die Arme der Terroristen. Die Tornados sind bei Grünen und SPD deshalb so umstritten, weil sie eben genau zwischen den beiden Missionen fliegen.

Gibt es klar formulierte Ziele des deutschen Engagements und entsprechende Exit-Strategien?

Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ umreißt in seiner Online-Ausgabe die Diskussion um das deutsche Engagement in Afghanistan anhand der zentralen Fragestellung: Was wollen die Deutschen in Afghanistan überhaupt erreichen? Auch die schon sprichwörtlich gewordene „Exit-Strategie“ scheint in der politischen Debatte wenig klar umrissen und kommuniziert zu werden.

Wer den Terror nicht in Afghanistan bekämpft, zu dem kommt der Terror nach Hause, sagen Spanta und die afghanische Regierung und auch die Amerikaner. Ist das wirklich so? [...] Was in Afghanistan den Frieden befördert und was den Krieg erzeugt, ist derzeit nicht immer leicht zu sagen. Zwei Denkansätze konkurrieren, die widersprüchlicher nicht sein könnten.

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,511166,00.html>

Die Regierungsparteien SPD und CDU/CSU beschränken sich bezüglich des in Afghanistan zu erreichenden Status auf wenig konkrete Aussagen, hier in stark verkürzter Form wiedergegeben.

Zudem gab der SPD-Fraktionsvorsitzende einen Ausblick, wie die weitere Mission der Bundeswehr aussehen sollte, wenn der Bundestag einer Verlängerung zustimmt. „Das Hauptaugenmerk muss auf der Entwicklung eines demokratischen und handlungsfähigen Staates liegen, der in der Lage ist, die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern und die Stabilisierung des Landes nachhaltig zu gewährleisten.“

<http://www.spd.de/menu/1729594/>

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,509929,00.html>

Wie auch könnte ein Erfolg am Hindukusch aussehen? Eine überzeugende Antwort fällt dazu keinem Politiker in Berlin ein. Selbstverständlich wolle man keine „Westminster-Demokratie“ mit Elterngeld und Riester-Rente einführen, schränkt etwa Außenminister Frank-Walter Steinmeier ein. Auch der CDU-Parlamentarier Ruprecht Polenz, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, sagt lediglich: „Es geht darum, sicherzustellen, dass vom afghanischen Staat keine Gefahr mehr ausgeht.“ Von einer „Rückkehr in die zivilisierte Welt“ oder einer ausreichenden „Wohlstandsdividende“, wie sie noch Schröder gefordert hatte, ist längst keine Rede mehr.

In einem Radio-Interview mit dem Deutschlandfunk vom 21. Juni 2007 gibt Bundesverteidigungsminister Jung Antworten auf die Frage nach der Exit-Strategie.

http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/626789/

Remme: Herr Minister, wie lautet die so genannte Exit-Strategie für diesen Einsatz?

Jung: Unsere Exit-Strategie bedeutet, dass wir selbsttragende Sicherheit in Afghanistan herstellen wollen. Im Klartext: Wir wollen hier Sicherheitskräfte aufbauen von Streitkräften über Polizei, die es der afghanischen Regierung ermöglichen, selbst für ihre eigene Sicherheit zu sorgen. Ziel ist es, 70.000 Soldaten auszubilden. Wir haben jetzt 35.000 bereits ausgebildet, sind auch in einer gemeinsamen Operation mit ISAF hier tätig. Das gleiche Ziel ist in etwa auch so bei der Polizei. Hier haben wir jetzt in Europa weitere Verstärkung beschlossen. Das heißt konkret, dass wir noch im nächsten Monat auf rund 160 Ausbilder kommen wollen, die dann unter deutscher Führung stehen, um auch die Polizei noch effektiver auszubilden, denn beides gehört zusammen, Streitkräfte und Polizei.

Remme: Aber das Ziel, was Sie jetzt formulieren, das ist doch klar, und es ist auch eine Selbstverständlichkeit, dass die Truppen abgezogen werden, wenn das Ziel erreicht ist. Heißt Exit-Strategie nicht auch, wie kommen wir da wieder heraus, wenn nicht alles nach Plan läuft?

Jung: Exit-Strategie heißt, wir müssen für die selbsttragende Sicherheit sorgen, im Klartext, wir müssen unseren Auftrag insofern erfüllen. Wenn wir jetzt einfach abziehen würden und den Rückfall in das Ausbildungszentrum für den Terrorismus wieder in Kauf nehmen würden, würde dies auch zusätzlich unsere Sicherheit gefährden. Deshalb muss hier dieser Aufbau der Streitkräfte und der Polizei vorangetrieben werden. Ich habe Ihnen gerade schon die Zahlen gesagt. Wir sind dort auch schon erfolgreich unterwegs, und ich bin ganz hoffnungsvoll, dass wir insgesamt in Afghanistan, sowohl was die NATO-geführte Operation anbetrifft, aber auch was die Ausbildung und den Aufbau von Sicherheitskräften anbetrifft, hier erfolgreich unseren Weg gehen.

Der mangelnde Erfolg des internationalen Afghanistan-Einsatzes im Allgemeinen und des deutschen im Speziellen lässt sich, so Timo Noetzel und Sibylle Scheipers in der Zeitschrift Internationale Politik, gerade an diesem Fehlen einer klaren Strategie festmachen.

Noetzel,
Timo/Scheipers, Sibylle,
Flüchten oder
Standhalten,
Internationale Politik,
September 2007, S.
120-125.

Im Vorfeld der Bundestagsdebatte über die Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes werden Stimmen laut, die einen schnellen Abzug deutscher Truppen fordern. Braucht Deutschland eine Exit-Strategie für Afghanistan? Ist der Rückzug aus der Operation Enduring Freedom (OEF) sinnvoll? Was fehlt, ist eine klare Strategie des Einsatzes.

Der mangelnde Erfolg [des Einsatzes] ist vielmehr dem Umstand geschuldet, dass die Koalitionstruppen unter deutscher Beteiligung die Operation Enduring

Freedom begannen, ohne eine belastungsfähige, zivile und militärische Faktoren gleichermaßen einbeziehende Afghanistan-Strategie entwickelt zu haben. Aus der Kombination von anfänglichen militärischen Erfolgen und mangelnden zivilen Wiederaufbaumaßnahmen resultiert ein Sicherheitsvakuum. Vor diesem Hintergrund sieht sich die Bundeswehr heute mit einem Gegner konfrontiert, der alles tut, um die Schwächen von NATO- und Koalitionstreitkräften auszunutzen – und der es zudem versteht, die deutschen Medien für seine Zwecke zu instrumentalisieren, wie die Geiselnahmen und Ermordungen deutscher Staatsbürger zeigen. [...]

Die zentrale Bedingung für eine nachhaltige Afghanistan-Strategie des Westens besteht darin, dass sich die an der ISAF beteiligten Nationen aufeinander zubewegen. Eine glaubwürdige Strategie verlangt nach einem Ansatz, der die Faktoren Sicherheit und Aufbau gleichermaßen einbezieht. Wiederaufbau ohne Sicherheit ist Geldverschwendung, denn wenn die Resultate des Wiederaufbaus nicht geschützt werden, werden sie bei der nächsten Gelegenheit von denjenigen zerstört, die kein Interesse an einer nachhaltigen Stabilisierung haben. Hierzu muss auch Deutschland seinen Beitrag leisten. Eine Exit Strategie ist dagegen nicht nur die falsche Strategie, sie ist vielmehr das Ende jeder Strategie für Afghanistan.

Die SWP empfiehlt die Ausrichtung einer deutschen Strategie für Afghanistan an den Erfolgskriterien des ISAF-Mandats.

Viele westlich Planungen sehen für Afghanistan den Aufbau eines demokratischen Verfassungsstaates westlicher Prägung vor. Entsprechend viel Energie verwenden die beteiligten Staaten darauf, politische und administrative Strukturen zu schaffen, die westlichen Standards standhalten könnten. Dies ist zwar prinzipiell lobenswert; es bindet jedoch nicht nur viel Zeit und Kraft, sondern setzt auch die Messlatte für den politischen Erfolg der ISAF-Mission so hoch, dass diese daran nahezu zwangsläufig scheitern muss oder sich dieser Erfolg erst in ferner Zukunft einstellen kann. Es hat auch zur Folge, dass man bislang keine sinnvolle Debatte über die Erfolgskriterien und den möglichen Zeitpunkt eines Abschlusses der Mission führen konnte.

http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=4212

Dabei sieht das Mandat für die ISAF-Truppen eine klar umrissene Aufgabe vor, nämlich die „Unterstützung der vorläufigen Staatsorgane Afghanistans und ihrer Nachfolgeinstitutionen bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit, so dass sowohl die afghanischen Staatsorgane als auch das Personal der Vereinten Nationen und anderes Zivilpersonal (insb. Solches, das dem Wiederaufbau und humanitären Aufgaben nachgeht) in einem sicheren Umfeld arbeiten können“.

Damit sind zum einen die Ziele genannt, an denen sich alle von der NATO – und damit Deutschland – eingesetzten Instrumente vorrangig orientieren müssen. Zum anderen enthält dieses Mandat aber auch ein Kriterium für den Erfolg der Mission: Sobald die afghanischen Sicherheitskräfte in der Lage sind, die Sicherheit auf dem gesamten Staatsgebiet Afghanistans zu gewährleisten, hat die ISAF ihre Aufgabe erfüllt. Ein ISAF-Mandat unter deutscher Beteiligung sollte ausschließlich an diesem Kriterium ausgerichtet sein. Nur an diesem Ziel kann sich vernünftigerweise ein vorläufiger oder abschließender Erfolg der ISAF messen lassen.